

NDR Info Das Forum
STREITKRÄFTE UND STRATEGIEN
Andreas Flocken

01.12.2018 /19.20-19.50 Uhr
02.12.2018 /12.30-13.00 Uhr
E-Mail: streitkraefte@ndr.de
www.ndr.de/streitkraefte

Inhalt:

- Chinas Atomwaffen- und Raketenmodernisierung – Droht ein Rüstungswettlauf mit den USA?
- Fortschreitender Klimawandel – Weitreichende Folgen für die Sicherheitspolitik? Interview mit Dr. Delf Rothe, Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg IFSH
- Tätowierte Soldaten – Inzwischen kein Problem für die Bundeswehr?

Zur Verfügung gestellt vom NDR
Dieses Manuskript ist urheberrechtlich geschützt und darf nur für private Zwecke des Empfängers benutzt werden. Jede andere Verwendung (z.B. Mitteilung, Vortrag oder Aufführung in der Öffentlichkeit, Vervielfältigung, Bearbeitung, Übersetzung) ist nur mit Zustimmung des Autors zulässig. Die Verwendung für Rundfunkzwecke bedarf der Genehmigung des NDR.

Es begrüßt Sie Andreas Flocken. In unserer heutigen Ausgabe wollen wir uns mit diesen Themen beschäftigen:

- Chinas Atomwaffen- und Raketenmodernisierung - Droht ein Rüstungswettlauf mit den USA?
- Fortschreitender Klimawandel – Mit Folgen für die Sicherheitspolitik? Hierzu ein Interview. Und:
- Tätowierte Soldaten – Mittlerweile kein Problem für die Bundeswehr?

China ist wirtschaftlich bereits eine Supermacht – nach den USA ist das Land die zweitgrößte Volkswirtschaft der Welt. Auch militärisch ist das Reich der Mitte dabei, aufzuschließen. Im vergangenen Jahr haben die Chinesen nach Schätzung von Experten 220 Milliarden US-Dollar für das Militär ausgegeben. Damit sind die Rüstungsausgaben drei Mal höher als in Russland. Mit über 600 Milliarden Dollar pro Jahr geben die USA allerdings weltweit die größte Summe für das Militär aus.

China ist eine Atommacht. Das Nuklearwaffenpotenzial ist aber im Vergleich zu den USA und Russland eher klein. Doch das könnte sich ändern. Denn die Regierung in Peking ist dabei, ihr Atomwaffenarsenal auszubauen und zu modernisieren. Eine Entwicklung, die wiederum bei den USA Besorgnisse ausgelöst hat. Jerry Sommer weiß mehr:

Manuskript Jerry Sommer

China besitzt nach Angaben des Stockholmer Friedensforschungsinstituts SIPRI etwa 280 Atomsprengköpfe. Zum Vergleich: Die USA und Russland verfügen jeweils über 6.500 nukleare Gefechtsköpfe. Die amerikanischen bzw. russischen Waffen sind bereits auf Trägersystemen wie beispielsweise Raketen montiert. Die chinesischen Atomsprengköpfe werden dagegen in zentralen Depots gelagert. Dementsprechend sind sie auch nicht sofort einsatzbereit. Wie die übrigen Atommächte modernisiert auch China seine Nuklearwaffen. Der chinesische Sicherheitsexperte Tong Zhao vom „Carnegie-Tsinghua Center for Global Policy“ in Peking über die Gründe:

O-Ton Zhao (overvoice)

„Das Wichtigste ist die wachsende chinesische Sorge, dass sein kleines Atomarsenal durch einen potenziellen Erstschlag ausgeschaltet werden könnte. Die USA und andere Staaten entwickeln gegenwärtig u.a. nicht-nukleare Systeme, die die Zweitschlagsfähigkeit Chinas bedrohen können. Dazu gehören auch die amerikanischen Raketenabwehrsysteme.“

Diese Einschätzung wird auch von westlichen Experten geteilt, zum Beispiel von Michael Paul von der Berliner „Stiftung Wissenschaft und Politik“:

O-Ton Paul

„Washington kann im Konfliktfall theoretisch einen nuklearen Erstschlag gegen chinesische strategische Systeme anordnen und Peking dadurch entwaffnen. Chinas Möglichkeiten zur Reaktion würden so unterbunden, und damit würde auch seine Abschreckungspolitik ins Leere gehen.“

Die Modernisierung umfasst verschiedene Bereiche: So entwickelt China verstärkt Raketen, die mehrere Sprengköpfe tragen können. Außerdem werden Atomraketen auf LKW montiert. Da diese mobil sind, können sie nur schwer geortet werden. Peking ist auch dabei, eine mit Nuklearwaffen ausstattbare U-

Boot-Flotte aufzubauen, sagt der Atomwaffenexperte Hans Kristensen von der „Federation of American Scientists“:

O-Ton Kristensen (overvoice)

„Sie haben vier U-Boote in Dienst gestellt, die mit Atomwaffen bestückt werden können. Aber die allgemeine Auffassung ist, dass diese bisher nicht mit Nuklearwaffen an Bord in See stechen.“

Pekings nukleare Abschreckung stützt sich zurzeit vor allem auf landgestützte Atomraketen. Etwa 20 von ihnen können aufgrund ihrer Reichweite Ziele in den gesamten USA erreichen. Die jetzt vorhandenen 48 U-Bootgestützten Atomwaffen haben bisher nur eine Reichweite von rund 7.000 Kilometern. Damit können sie aus den heimischen Gewässern nicht jedes potenzielles Ziel in den USA treffen. Aber China arbeitet daran, auch weiterreichende U-Bootgestützte Raketen zu entwickeln. Michael Paul von der „Stiftung Wissenschaft und Politik“:

O-Ton Paul

„Mit den auf Unterseebooten stationierten Raketen kann China die beiden Kriterien für eine höhere Überlebensfähigkeit im Falle eines Angriffs am besten erfüllen - nämlich Redundanz und Diversifizierung. Damit verfügt das Land über eine relativ sichere Zweitschlagsfähigkeit auch in der Zukunft. Es kann damit die Politik des Nicht-Ersteinsatzes aufrechterhalten.“

China begnügt sich mit einem kleinen Arsenal von Atomwaffen. Denn es geht davon aus, dass es zur Abschreckung eines Angriffs ausreicht, wenn nur wenige seiner Atomwaffen als Vergeltung gegnerische Städte auslöschen können. Auch hat Peking – im Unterschied zu den übrigen Atommächten mit Ausnahme Indiens - zugesagt, niemals als erster in einem Konflikt Nuklearwaffen einzusetzen. An dieser Doktrin hält China weiterhin fest, sagt Hans Kristensen von der „Federation of American Scientists“:

O-Ton Kristensen (overvoice)

„Es gibt keinerlei Anzeichen dafür, dass China entschieden hat, die Nicht-Ersteinsatzdoktrin aufzugeben. Dass China seine Waffen modernisiert, um die nukleare Vergeltungsfähigkeit zu erhalten, steht dazu nicht im Widerspruch. Auch gibt das Land viel Geld aus, um offensive konventionelle Waffen zu entwickeln.“

Der überwiegende Teil der etwa 1.200 ballistischen Raketen der Chinesen sind mit einem konventionellen Sprengkopf bestückt und gelten als Waffen kurzer und mittlerer Reichweite. D.h. sie können nur bis zu 5.500 Kilometer entfernte Ziele treffen. Diese Waffensysteme sind für Konflikte im asiatischen Raum gedacht. Zwar sind einige atomar bestückte Raketen auch gegen Russland und Indien gerichtet. Aber als Hauptbedrohung für Chinas Sicherheit gelten die USA. Die Vereinigten Staaten sind durch Kriegsschiffe und Stützpunkte unter anderem in Japan, in Südkorea und auf der Pazifikinsel Guam präsent.

Die USA wiederum fürchten, dass die wachsenden Fähigkeiten der chinesischen Streitkräfte die eigene militärische Vorherrschaft in der Region in Frage stellen. Pekings Mittelstreckenraketenarsenal – ob mit konventionell oder nuklear bestückten Sprengköpfen – schränken die US-Optionen im Falle eines kriegerischen Konfliktes ein. Dieses dürfte ein Grund dafür sein, dass US-Präsident Trump seine Ankündigung, aus dem INF-Vertrag auszusteigen, auch mit der Bedrohung durch chinesische Raketen gerechtfertigt hat. Denn der INF-Vertrag verbietet nur Russland und den USA den Besitz von landgestützten Mittelstreckenraketen.

Sollten die USA den INF-Vertrag tatsächlich aufgeben, könnten sie aber landgestützte Raketen auf Guam und eventuell auch auf dem Gebiet der asiatischen Alliierten stationieren – voraussichtlich ausschließlich konventionell bewaffnete Systeme. Der Sicherheitsexperte Michael Paul:

O-Ton Paul

„Theoretisch können die USA nach Aufgabe des INF-Vertrages nun selbst Raketen auf Guam stationieren. Allerdings sind derzeit weder entsprechende Rüstungsprogramme geplant, noch nötig, da die USA aus meiner Sicht über eine ausreichende Zahl von see- und luftgestützten Waffensystemen verfügen. Aber wenn sie Druck auf China ausüben wollen, wäre eine entsprechende Ausrüstung denkbar.“

Angesichts des Konfrontationskurses der Trump-Regierung ist das nicht auszuschließen. Die Folgen sind vorhersehbar, sagt der Pekinger Sicherheitsexperte Tong Zhao:

O-Ton Zhao (overvoice)

„Das würde China sicher mit massiven Gegenmaßnahmen, mit der Stationierung von noch mehr Raketen beantworten. Im Ergebnis würde der Rüstungswettlauf in der Region zwischen diesen beiden Mächten noch weiter angeheizt werden.“

Mehr Sicherheit ist dadurch wohl für keine Seite zu erreichen. Eine Alternative wäre, durch Rüstungskontrolle möglichen Gefahren konventioneller und atomarer Aufrüstung im asiatischen Raum zu begegnen. China hat bisher immer erklärt, erst dann zur nuklearen Abrüstung bereit zu sein, wenn die USA und Russland bis auf das Niveau Chinas abgerüstet haben. Die chinesische Regierung sieht zudem Rüstungskontrolle bisher generell nicht als ein Mittel zur Verbesserung der eigenen Sicherheit an. Diese Einstellung ist aber nicht mehr zeitgemäß, sagt Tong Zhao vom „Carnegie-Tsinghua Center for Global Policy“ in Peking:

O-Ton Zhao (overvoice)

„China wird zunehmend zu einem internationalen Player, der auch in Rüstungskontrollabkommen teilnehmen sollte. Es ist im chinesischen Interesse, lieber früher als später ernsthaft über Rüstungskontrolle nachzudenken.“

Rüstungskontrolle in Asien müsse sowohl konventionelle wie nukleare strategische Waffensysteme umfassen und für alle Seiten Vorteile bringen, sagt Hans Kristensen von der „Federation of American Scientists“:

O-Ton Kristensen (overvoice)

„Russland und die USA könnten zum Beispiel zusagen, ihre gegen China gerichteten offensiven Systeme zu beschränken. Das wäre im Interesse Chinas. China könnte dafür seinerseits einwilligen, Waffensysteme zu begrenzen, die Russland sowie die USA und deren Alliierten in der Region bedrohen.“

Eine solche Herangehensweise könnte zwar theoretisch den Weg frei machen für eine Vereinbarung mit China. Doch die Trump-Regierung hat bisher – außer im Falle Nordkoreas – keinerlei Interesse an Rüstungskontrollabkommen gezeigt. Es ist unwahrscheinlich, dass sich das ändern wird.

* * *

Flocken

Ein Bericht von Jerry Sommer.

Der Klimawandel schreitet weiter voran. Das haben in den vergangenen Tagen neue wissenschaftliche Studien deutlich gemacht. Am Montag treffen sich im polnischen Kattowitz Experten und Politiker aus mehr als 190 Staaten zur UN-Klimakonferenz. Das Ziel ist, einen weiteren Temperaturanstieg zu stoppen. Immer stärker diskutiert werden inzwischen auch mögliche sicherheitspolitische Konsequenzen des Klimawandels.

Hierüber habe ich mit Delf Rothe vom Hamburger Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik gesprochen. Er leitet ein Projekt der Deutschen Forschungsgemeinschaft, das den Zusammenhang von Klimawandel und Sicherheit untersucht.

Ich habe Delf Rothe zunächst gefragt, ob auch sicherheitspolitische Aspekte auf der UN-Klimakonferenz in Kattowitz eine Rolle spielen werden:

Interview Andreas Flocken / Dr. Delf Rothe

Rothe: In Kattowitz geht es jetzt nicht direkt um die sicherheitspolitischen Folgen des Klimawandels. Da treffen sich ja die Mitgliedsstaaten des internationalen Klimaregimes, die sich in Paris 2015 auf den sogenannten Klimavertrag von Paris geeinigt haben. In Kattowitz wird es darum gehen, diesen Vertrag mit Leben zu füllen. D.h., konkrete Regeln zu definieren, um diese nationalen Klimaschutzziele, die in Paris vereinbart wurden, auch umzusetzen. D.h., es geht darum, wie können diese nationalen Politiken kontrolliert und verifiziert werden? Für die Sicherheit oder für die internationale Sicherheit ist das natürlich indirekt auch relevant, weil einfach die Frage, ob wir jetzt in einer Welt mit durchschnittlich zwei, 1,5, drei oder vier Grad Erderwärmung leben, selbstverständlich einen riesigen Unterschied für die Anpassungschancen der Gesellschaft an den Klimawandel macht und damit auch für die internationale Sicherheit.

Flocken: Die Zahl der verheerenden Stürme hat zugenommen, die Temperaturen steigen und damit steigt auch der Wasserspiegel. Es gibt mehr Dürren, was wiederum Auswirkungen auf die Ernten hat. Diese Entwicklungen haben alle Auswirkungen auf Menschen und die Gesellschaftsordnung, in der die Menschen leben. Das alles hat Konsequenzen für die Stabilität der Gesellschaft. Hat damit nicht auch der Klimawandel Folgen für die innere, aber auch für die äußere Sicherheitspolitik der einzelnen Staaten?

Rothe: Ich denke, das sind im Grunde genommen zwei Fragen, die man getrennt beantworten muss. Also einmal die Frage nach dem Zusammenhang von Klimawandel und Instabilität. Da hat die wissenschaftliche Forschung gezeigt, dass der Zusammenhang eher anders herum ist. Also nicht, dass der Klimawandel als Ursache zu einer Destabilisierung von Gesellschaften führt, sondern, dass insbesondere fragile Gesellschaften, fragile Staaten, in denen die Anpassungsfähigkeit aufgrund fehlender Institutionen gering ist, dass in solchen Staaten insbesondere sozusagen die menschliche Sicherheit, d.h., das Wohlergehen der Menschen, bedroht ist.

Flocken: Können Sie das mal an einem Beispiel klarmachen?

Rothe: Ich denke ein gutes Beispiel ist der Jemen, wo wir schon mehrere Jahre einen Gewaltkonflikt mit verheerenden Auswirkungen auf die Bevölkerung haben. Man muss wissen, der Jemen liegt in einer Zone, die sehr anfällig ist für die Folgen des Klimawandels. D.h., hier führt der gewaltsame Konflikt dazu, dass das Anpassungspotenzial der Bevölkerung schwindet und die Bevölkerung verstärkt Dürren, Nahrungsarmut und dadurch auch Hunger ausgesetzt ist.

Flocken: Es heißt, Klimawandel erzeugt auch Verteilungskonflikte, um den Zugang zu Ressourcen. Gibt es denn bereits Staaten oder Regionen, wo sich dieser Verteilungskonflikt durch den Klimawandel beobachten lässt?

Rothe: Man weiß, dass der Klimawandel natürlich bestehende Wasser- und Ressourcen-Knappheiten weiter verschärft. Was man aber auch weiß ist, dass

der größte Teil dieser Verteilungskonflikte tatsächlich friedlich gelöst wird. D.h., es gibt in vielen Gesellschaften etablierte Mechanismen der friedlichen Konfliktregelung, also sozusagen der kooperativen Konfliktregelung. Denn Konflikte darf man nicht mit Gewaltkonflikten gleichsetzen.

Flocken: Können Sie ein Beispiel nennen, wo das sichtbar ist, was die Verteilungskonflikte durch den Klimawandel angeht?

Rothe: Ich denke, ein anschauliches Beispiel ist die Region des Nahen Ostens, die jetzt schon seit Jahrzehnten mit großer Wasserknappheit zu kämpfen hat - wo sich teilweise auch Konflikte um die Frage der Wasserversorgung gedreht haben. Konflikte zum Beispiel zwischen Israel und Syrien oder Israel und Jordanien oder auch zwischen den Palästinensern und Israel. Aber – und das ist tatsächlich sehr bemerkenswert – es gibt starke etablierte Kooperationsmechanismen in der Region, die funktionieren - trotz der existierenden politischen Spannungen. D.h., es gibt einen ganzen Forschungsstrang, der sich mit der Frage beschäftigt: Können Umwelt-Knappheiten und Umweltprobleme eigentlich auch zu Kooperationen zwischen Konfliktparteien führen? Und da gibt es ein paar Beispiele. Und dann lautet die Frage: wie können wir das übertragen? Also, wie können wir auch andere Gesellschaften oder eventuell andere Konflikte, die sich um Verteilungsfragen drehen, in Richtung einer friedlichen Konfliktlösung bringen.

Flocken: Hat es aber auch Konflikte gegeben, wo es beispielsweise gewaltsam um die Ressource Wasser ging?

Rothe: Ja, das hat es gegeben und gibt es auch nach wie vor. Aber eher innerstaatlich. Zum Beispiel gibt es Konflikte innerhalb von Kenia, zwischen nomadischen Viehzüchtern, den Massai und sesshaften Stämmen, die um knappe Wasserressourcen konkurrieren. Und da spielt natürlich auch der Klimawandel mit rein, weil er diese knappen Wasserressourcen noch einmal verknappen kann. D.h., es sind niedrighschwellige Konflikte auf lokaler Ebene. Es sind keine zwischenstaatlichen Kriege. Aber auf dieser sozusagen niedrighschweligen Ebene gibt es auch noch gewaltsame Konflikte um den Zugang zu Wasser.

Flocken: Welche Rolle spielen Streitkräfte als Instrument der Sicherheitspolitik angesichts des Klimawandels? Werden sie sich den neuen Rahmenbedingungen anpassen? Bekommen die Streitkräfte möglicherweise neue Aufgaben oder welche Rolle spielen sie?

Rothe: Westliche Streitkräfte beschäftigen sich mit dem Klimawandel tatsächlich schon sehr lange. Schon in den frühen 2000ern – 2003 – hat das Pentagon Studien zu den Sicherheitsfolgen eines abrupten Klimawandels in Auftrag gegeben. D.h., das Problem Klimawandel als Sicherheitsbedrohung ist für viele Streitkräfte ein sehr großes Thema. U.a. hat das damit zu tun, dass sich westliche Streitkräfte nach dem Ende des Kalten Krieges zunehmend neuen Themen zugewandt haben - auch als Strategie, um ihre eigene sozusagen Bedeutung zu festigen und sozusagen auch neue Themenfelder zu besetzen. Zum anderen hat das aber damit zu tun, dass Streitkräfte generell vorausschauend agieren müssen, und dass deshalb eine große Sensibilität gegenüber potenziellen Zukunftsrisiken vorherrscht.

Flocken: Und wie reagieren die Streitkräfte?

Rothe: Ein ganz wichtiges Thema für Streitkräfte ist der Schutz kritischer Infrastrukturen. Da haben eigentlich alle westlichen Streitkräfte mittlerweile Strategien oder Anpassungsstrategien oder Resilienzstrategien.

Flocken: Das heißt?

Rothe: Resilienz versteht sich auf die Widerstandsfähigkeit der Verteidigungsinfrastruktur. Also zum einen sind es natürlich die Überseebasen der Amerikaner, aber auch bei den jüngsten Hurricans. In dieser Hurricansaison haben wir Bilder von überfluteten Militärbasen gesehen. Das heißt, im US-Militär, aber auch in Großbritannien und auch in der Bundeswehr, gibt es tatsächlich eine große Sensibilität für die Anforderungen einer Anpassungsstrategie an den Klimawandel.

Flocken: In der Arktis hat die Militärpräsenz in den vergangenen Jahren stark zugenommen, weil durch den Klimawandel das Eis schmilzt und Rohstoffe in der Region jetzt besser zugänglich sind. Das Beispiel Arktis zeigt ja auch, welche sicherheitspolitischen Folgen der Klimawandel durchaus haben kann. Droht in der Arktis vor diesem Hintergrund möglicherweise nicht sogar ein größerer militärischer Konflikt? Denn den hat es ja vorher, vor dem Klimawandel, nicht gegeben - zumindest war die Region nicht so interessant.

Rothe: Die Arktis ist natürlich ein interessanter Fall, weil es hier nicht darum geht, dass Ressourcenknappheit zu Konflikten führen könnte, sondern, dass neue Ressourcen vorkommen, die durch den Klimawandel freierwerden, zu einem gewaltsamen Wettstreit führen könnten. Und zwar zwischen den Industriestaaten und den Anrainerstaaten in der Arktis. Also das Arktische Meer schmilzt zunehmend ab und gibt dadurch neue Ölquellen frei – so könnte man das vereinfachend sagen. Es stimmt natürlich, dass es in den letzten Jahren ein gewisses Säbelrasseln gegeben hat - konkret auch zwischen Russland und den USA. Da wurden Marineschiffe in die Arktis verlegt, da wurden Militärbasen errichtet, von Russland zum Beispiel. Und in den Medien konnte man damals schon von einem von einem neuen Kalten Krieg um die Arktis lesen.

Flocken: Ist das eine gefährliche Entwicklung?

Rothe: Das ist natürlich eine riskante Entwicklung, denn eine Militarisierung birgt immer die Gefahr, dass es auch zu Konflikten kommen kann. Aber wir haben hier am Hamburger Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik tatsächlich eine Kooperation mit Konfliktforschern der Universität Tromsø. Das ist Norwegens arktische Universität. Und was ich von den Kolleginnen und Kollegen dort weiß, ist, dass die das Konfliktrisiko für eher gering halten. Das liegt daran, dass es lang etablierte Kooperationsmechanismen zwischen den Anrainerstaaten in der Arktis gibt. Es gibt zum Beispiel den Arktischen Rat, es gibt sehr viele internationale Regeln und Normen, die den Status der Arktis regeln. Und es gibt für die Anrainerstaaten, für Russland zum Beispiel, eigentlich keinen Anreiz, gegen diese Regeln zu verstoßen, weil sie ihnen eigentlich ökonomische Vorteile bringen.

Flocken: Es wird oft gesagt, dass der Klimawandel zu mehr kriegerischen Auseinandersetzungen führt. Ist das aber wissenschaftlich belegt? Gibt es einen Zusammenhang zwischen Klimawandel – und mehr bewaffnete Konflikte?

Rothe: Es gibt mittlerweile tatsächlich eine Vielzahl an wissenschaftlichen Untersuchungen zu dem Thema. Ich denke, man kann auf jeden Fall sagen, dass der Klimawandel tatsächlich nicht zu einer Zunahme an zwischenstaatlichen Kriegen führt. Und ebenfalls unwahrscheinlich ist auch, dass der Klimawandel zu innerstaatlichen Konflikten im globalen Norden führt - aufgrund der Stabilität der Gesellschaften und der sozusagen gefestigten Institutionen, die auch eine Anpassung an den Klimawandel ermöglichen. Umstritten ist in der Forschung, inwiefern der Klimawandel zu vermehrten innerstaatlichen Konflikten im globalen Süden führt. Hier gibt es einige Untersuchungen, die da einen Zusammenhang feststellen. Es gibt aber auch andere Untersuchungen, die keinen Zusammenhang feststellen.

Flocken: Können Sie mal ein Beispiel nennen? Früher ist der Konflikt im Sudan genannt worden, ich meine den Darfur-Konflikt. Der ist ja auch von dem damaligen UN-Generalsekretär Ban Ki Moon quasi als Beispiel für einen Konflikt gesehen worden, bei dem der Klimawandel zu einem bewaffneten Konflikt geführt hat, bzw. möglicherweise diesen Konflikt gefördert hat.

Rothe: Der Darfur-Konflikt ist tatsächlich ein Beispiel, das immer wieder genannt wird. Ein anderes ist auch der Syrien-Konflikt, wo - so die Argumentation – der Klimawandel eine jahrelange Dürre gefördert hat, die dann zu einer Massenmigration aus ländlichen Gegenden in die Städte geführt habe, und dort zu einem politischen Konfliktpotenzial und damit auch zu den Protesten, die am Beginn des syrischen Bürgerkriegs standen.

Flocken: Das heißt, die Proteste gegen Assad sind – vereinfacht ausgedrückt - möglicherweise auf den Klimawandel zurückzuführen, weil sich eine Opposition gegen Assad gebildet hat?

Rothe: Vereinfacht ausgedrückt gibt es diese Argumente. Also es gibt wissenschaftliche Publikationen, auch in sehr hochrangigen Zeitschriften, die genau das behaupten.

Flocken: Aber was ist davon zu halten?

Rothe: Persönlich halte ich von diesem Argument nicht so viel. Es gibt jüngere Publikationen - auch von der Kollegin Christiane Fröhlich zum Beispiel hier in Hamburg - die gezeigt haben, dass sich dieser Zusammenhang zum Einen zwischen Klimawandel und der Dürreperiode in den Jahren vor 2010, nicht einwandfrei belegen lassen läßt. Dann zeigt deren Forschung, dass diese angebliche Massenmigration [in die syrischen Städte] viel kleiner ausgefallen ist, als in dieser Literatur dargestellt. Und ein dritter Punkt ist, dass eher die wirtschaftliche Liberalisierung durch das Assad-Regime zu diesen Migrationsbewegungen [in die Städte] geführt hat. Und dies hat dann letztendlich auch zu den Massenprotesten geführt. Es gibt da natürlich auch sehr komplexe Gründe. Aber ich denke, an der Stelle zeigt sich, dass dieses vereinfachende Narrativ vom Klimawandel, der Konflikte fördert, häufig nicht greift. D.h., wir wissen mittlerweile, dass es den Klimawandel als alleinige Ursache für Konflikte nicht gibt. In der wissenschaftlichen und politischen Debatte spricht man deshalb mittlerweile vom Klimawandel als einen Bedrohungsmultiplikator. Das heißt ein Faktor, der sich gleichsam auf bestehende Spannungen und Konflikte quasi draufsetzt und diese verstärken kann.

Flocken: Deutschland sieht sich ja immer noch als ein Vorreiter im Kampf gegen den Klimawandel. Bei der Bewerbung um einen Sitz im UN-Sicherheitsrat hat Deutschland erklärt, man wolle stärker auch die sicherheitspolitisch-relevanten Folgen des Klimawandels thematisieren. Ab 1. Januar ist Deutschland im UN-Sicherheitsrat. Wie will Deutschland das Thema dort angehen? Ist dazu schon etwas bekannt?

Rothe: Ich weiß nur, dass die Planungen dazu noch laufen. Die konkrete Ausgestaltung ist sozusagen noch nicht festgelegt. Man hat im Weißbuch 2016 beschlossen, den Klimawandel als sicherheitspolitisches Thema in internationalen Organisationen und Foren, wie den Vereinten Nationen, zu verankern. Ich glaube, man nutzt jetzt sozusagen diese zweijährige Mitgliedschaft im Sicherheitsrat, weil man im Laufe der wechselnden Präsidentschaft im Sicherheitsrat die Möglichkeit hat, auch Themen auf die Agenda zu setzen.

Flocken: Ist das sinnvoll?

Rothe: Das wird sich erst noch zeigen müssen. Ich denke, auf der einen Seite ist der Klimawandel natürlich perfekt geeignet, um einen multilateralen und präventiven Sicherheitsansatz weiter zu fördern. Und das ist für Deutschland ganz wichtig, insbesondere vor dem Hintergrund einer zunehmenden Krise eines multilateralen Sicherheitsansatzes durch unilaterale Alleingänge, z.B. der USA oder auch Russland. Das heißt, Klimarisiken können im Grunde nur kooperativ gelöst werden. Sie erfordern sozusagen zwingend einen multilateralen kooperativen Sicherheitsansatz. Und Klimarisiken zu verhindern, erfordert Vorsorge. Das heißt, hier wäre der Klimawandel evtl. ein Vehikel, um so einen multilateralen vernetzten Sicherheitsansatz, der für Deutschland sehr wichtig ist, zu stärken. In Abgrenzung von vielleicht stärker unilateralen Sicherheitskonzepten, wie der USA unter Trump. Ich bin mir nur nicht sicher, wie das Ganze dann konkret ausgestaltet werden soll oder was man am Ende damit erreichen will, also was der Sicherheitsrat genau beschließen soll. Da lasse ich mich gerne überraschen.

* * *

Flocken

Delf Rothe vom Hamburger Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik über sicherheitspolitische Aspekte des Klimawandels. Die Langfassung des Interviews können Sie nachhören auf der Internetseite von Streitkräfte und Strategien unter ndr.de/streitkraefte.

Immer mehr Menschen lassen sich Tätowieren. An Tattoos scheiden sich allerdings manchmal die Geister – auch in der Bundeswehr. Dort sollte vor vier Jahren ein Erlass für Klarheit sorgen. Die Vorschrift musste wenig später aber nachgebessert werden. Trotzdem kommt es so manches Mal weiterhin zu Konflikten, wie Julia Weigelt zu berichten weiß:

Manuskript Julia Weigelt

Sein erstes Tattoo bekam er mit 16 – seitdem hat Hauptfeldwebel Frank Rudnick hunderte Stunden beim Tätowierer verbracht.

O-Ton Rudnick(Stimme nachgesprochen)

„Für neue Tattoos kommen mir oft auch ganz spontan Ideen.“

...sagt der 39-Jährige, der im Radio nicht mit seinem wahren Namen genannt werden will. Rudnick ist sich sicher: Nur so kann er offen sprechen, ohne Ärger mit seinen Vorgesetzten zu bekommen. Seine Stimme haben wir nachgesprochen.

Tattoos sind sein Ding, das sieht man sofort, wenn man dem Heeres-Soldaten gegenübersteht.

O-Ton Rudnick (nachgesprochen)

„Der gesamte Oberkörper ist voll, der Hals komplett, an der Schläfe hab ich auch eins.“

Geometrische Muster, die Namen seiner beiden Kinder und deren Geburtsdatum – Frank Rudnick hat sein Leben auf seine Haut tätowieren lassen. Seine Vorgesetzten sind darüber nicht immer glücklich, weiß der 39-Jährige. Und manchmal vergreifen sie sich mit ihrem Unverständnis auch enorm im Ton, erinnert sich der Hauptfeldwebel.

O-Ton Rudnick (nachgesprochen)

„Einmal waren zwei Kompanien nebeneinander angetreten, meine und eine andere. Und der Chef von der anderen Truppe hat meine Tattoos gesehen und zu mir gesagt: ‚Wenn Sie in meiner Kompanie wären, dann hätten Sie deswegen schon längst ein Diszi.‘“

Ein Diszi - Ein Disziplinarverfahren also.

O-Ton Rudnick (nachgesprochen)

„Ich hab dann gesagt, wieso? Das entspricht doch den Vorschriften? Da hat er gesagt: Mir würde schon was einfallen.“

Fehlverhalten erfinden, weil einem die Tattoos untergebener Soldaten nicht gefallen? Tätowierungen können zu Ärger führen. Hauptfeldwebel Frank Rudnick erlebt es immer wieder und sagt, er habe sich daran gewöhnt.

Das Verteidigungsministerium wollte sich zunächst nicht an tätowierte Soldatinnen und Soldaten gewöhnen. Vor vier Jahren hatte das Ministerium den sogenannten Haar- und Barterlasses neugefasst. Danach mussten Soldaten Tätowierungen grundsätzlich abdecken oder überschminken. Grundsätzlich – das bedeutet auch im Einsatz in Mali und Afghanistan und beim Schwimmunterricht. Die Folge war ein Sturm der Entrüstung nicht nur bei den betroffenen Soldatinnen und Soldaten. Viele beschwerten sich damals auch beim Bundeswehrverband, der Interessensvertretung von Soldatinnen und Soldaten, erinnert sich Marco Thiele, der für die Marine zuständige Sprecher des Verbandes. Wie kam es überhaupt zu dem Erlass? Einerseits haben sich Soldaten zunehmend auch Hals und Hände tätowieren lassen, erklärt Fregattenkapitän Thiele.

O-Ton Thiele

„Zweitens: Auch aus der Einsatzrealität heraus. Viele Soldaten, die in den Einsätzen waren, vor allem in Afghanistan, kehrten entweder tätowiert zurück oder haben sich unmittelbar in Anschluss meistens einsatzbezogen tätowieren lassen.“

Abzeichen von Verbänden, Koordinaten eines Feuergefechts – viele Soldaten wollten ihren Einsatz auf ihrem Körper verewigen.

Der Protest zeigte Wirkung. 2015 kippte der damalige Generalinspekteur Volker Wieker die Bestimmungen. Die Vorschrift wurde überarbeitet. Für Marco Thiele

O-Ton Thiele

„...die Heranführung an das wirkliche Leben. Denn der ursprüngliche Erlass mit abdecken und überschminken – beim Schwimmen stelle ich mir das immer sehr spannend vor – das war einfach hanebüchen.“

Inzwischen dürfen Soldaten in Kasernen, im Einsatz und auf See ihre Tattoos zeigen. Ausgenommen sind verfassungsfeindliche Symbole. Menschen mit Hakenkreuz-Tattoo haben nach den Worten von Thiele grundsätzlich keinen Platz in den Streitkräften. Der Bundeswehrverband hält die Neufassung des Erlasses für richtig:

O-Ton Thiele

„Ich begrüße es immer, wenn das BMVg sich an das wirkliche Leben annähert. Ob ich mir ein Einhorn an die Wade – also, nicht ich – oder einen Adler auf die Schulter, oder – bleiben wir bei der Marine – einen Anker tätowiere, dann ist das gesellschaftlich anerkannt.“

Das gelte auch im Vergleich mit anderen Streitkräften: In der britischen Armee seien noch viel mehr Soldaten tätowiert, und sie seien gleichzeitig besser angesehen als in Deutschland.

Tattoos im Dienst zeigen – Polizisten haben damit oft weiterhin noch ein Problem. Horst Niens, stellvertretender Vorsitzender bei der Gewerkschaft der Polizei Hamburg sagt: Ob verboten oder erlaubt - das regelt jede Landespolizei anders. In Hamburg gibt es die Dienstanweisung, dass Tätowierungen nicht zu sehen sein dürfen. Horst Niens:

O-Ton Niens

„Die vorhandenen Tätowierungen müssen durch Uniformteile verdeckt werden, das heißt für Kollegen, dass sie im Sommer Langarmhemden tragen müssen oder anderweitig dafür sorgen müssen, dass Tätowierungen nicht sichtbar sind.“

Während des heißen Sommers in diesem Jahr mussten betroffene Polizeibeamte zum Beispiel Bandagen über den Tattoos auf der Haut tragen. Für die Gewerkschaft kein Problem:

O-Ton Niens

„Ich finde diese Entscheidung der Hamburger Polizei absolut in Ordnung, denn für mich ist das Erscheinungsbild in der Öffentlichkeit sehr wichtig. Wir haben als Polizeibeamte ordentlich, mit vernünftiger Uniform, die auch sauber und in einem vernünftigen Zustand sein sollte, unseren Dienst zu verrichten, und dazu gehört es meines Erachtens nicht, wenn – übertrieben gesagt – Kopf beziehungsweise Hals Tätowierungen aufweisen.“

Der Schutzmann und die Schutzfrau sollten als Respektsperson auftreten und wahrgenommen werden. Große Tattoos verhindern das nach Ansicht von Horst Niens. Gerade ältere Menschen hätten dafür kein Verständnis. Die Bürger forderten zu Recht ein ordentliches Erscheinungsbild von ihrer Polizei.

Einen ähnlichen Kurs fährt das Land Bayern: Ein Polizist wollte sich das Wort „Aloha“ auf den Unterarm stechen lassen, als Erinnerung an seine Flitterwochen in Hawaii. Der Dienstherr hatte das verboten. Ein Gericht bestätigte jüngst das Verbot. Begründung: Tätowierte Polizisten können das Ansehen der Polizei schädigen.

Berliner Polizisten dagegen dürfen ihre Körperbemalung inzwischen zeigen, und auch das Verwaltungsgericht Düsseldorf ist davon überzeugt: Ein großes Tattoo, wie etwa ein Löwenkopf am Unterarm, ist kein Ausschlussgrund für den Polizeidienst. Ähnlich liberal geht es in Baden-Württemberg zu.

Zurück zur Bundeswehr: Das Verteidigungsministerium begründet seinen Kurswechsel auf Anfrage von NDR Info offiziell nicht. Stattdessen teilt ein Sprecher mit – Zitat:

Zitat BMVg

„Im Jahr 2015 wurde innerhalb der Bundeswehr der Bedarf einer weiteren Konkretisierung für den Umgang mit Tätowierungen im dienstlichen Alltag erkannt. So wurde klargestellt, dass sichtbare Tattoos während des Dienstes in Liegenschaften wie Kasernen, Schiffen, Booten und Luftfahrzeugen der Bundeswehr nicht abgedeckt werden müssen. Ausnahmen bestehen in diesen Fällen bei der Teilnahme von Veranstaltungen der Bundeswehr mit Außenwirkung oder öffentlichem Charakter.“

Dazu zählt das Ministerium etwa Gelöbnisse oder Tage der offenen Tür.

Neben dem Proteststurm tätowierter Soldaten dürfte auch der enorme Personalmangel in den Streitkräften Grund für die Neufassung des Erlasses sein. Wenn die Bundeswehr zukünftig keine tätowierten Soldaten mehr einstellen sollte, könnte sie die angestrebten ehrgeizigen Personalzahlen niemals erreichen.

Für Fregattenkapitän Marco Thiele vom Bundeswehrverband gehen die erfolgten Änderungen allerdings nicht weit genug. Bei einer Vereidigung im Hochsommer sei es tätowierten Soldaten nicht zuzumuten, stundenlang dick angezogen in der prallen Sonne zu stehen.

Der Tattoo-begeisterte Feldwebel Frank Rudnick ist mit dem überarbeiteten Erlass jedoch zufrieden. Jetzt erwartet er von seinen Vorgesetzten, ihn genauso zu behandeln wie nicht-tätowierte Kameraden.

O-Ton Rudnick

„Tätowierte müssen sich immer mehr beweisen als andere. Wir werden häufig in die Schublade ‚Rechtsradikale, Zuhälter, Assis‘ gesteckt. Vor allem Vorgesetzte, die mich nicht persönlich kennen, schreiben mir oft schlechtere Beurteilungen. Dabei hat doch das Äußere nichts mit der Leistung des Soldaten zu tun.“

Von seinen Vorgesetzten wünscht sich der 39-Jährige:

O-Ton Rudnick

„Lest mal eure Vorschriften. Denn ich habe nichts falsch gemacht und halte mich an alles. Und wenn ihr mich in eine Schublade steckt – das ist ok, das machen wir ja alle. Wichtig ist nur, dass ihr mir trotzdem eine Chance gebt und die Schublade auch wieder aufmacht.“

* * *

Flocken

Soweit der Bericht von Julia Weigelt.

Und so viel für heute in Streitkräfte und Strategien. Die Sendung können Sie als Podcast herunterladen – unter ndr.de/streitkraefte. Dort können Sie auch den Newsletter unserer Sendereihe abonnieren. Wir schicken Ihnen dann das Manuskript der Sendung per E-Mail. Ein schönes Wochenende wünscht Andreas Flocken.